

Die Reformisten nehmen ober-schlesischen Bergbau-Schiedspruch an

Kumpels, für euch ist diese Annahme nicht maßgebend

Oleśnik, 12. Juni. In ihrer Bezirkskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriellen in Oberschlesien wurde zu dem am 7. Juni gefällten Schiedspruch im ober-schlesischen Bergbau-Schiedsgericht Stellung genommen. Unter dem Druck der Gewerkschaften erklärten die Funktionäre mit der Annahme des Schiedspruches einverstanden. Über die Stellungnahme der Arbeitgeber liegt noch keine Entscheidung vor.

Der Beschluß der reformistischen Funktionärskonferenz soll der erste Schritt zur Überwindung der Bewegung sein. Die Verbindlichkeitsklärung soll der zweite Schritt sein. Die Kumpels

fordern 1,50 Mark bei kurzfristigen Tarifen, die Gewerkschaftsbürokraten waren geneigt, wenigstens zum Schein 70 Pf. zu verlangen — der Schlichter bietet 25 Pf. bei langfristigen Tarifen — trotzdem beschloß die reformistische Funktionärskonferenz, den Spruch anzunehmen. Dieser schändliche Beschluß kann den ober-schlesischen Kumpels nicht maßgebend sein! Die Kumpels müssen nach wie vor auf ihrer Forderung bestehen und den Kampf gegen Unternehmerrun, Gewerkschaftsbürokratie und Schlichter organisieren!

Kumpels, höchste Gefahr ist im Anzuge! Galtet sofort Versammlungen ab! Macht Kampfsitzungen! Nehmt unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf für 1,50 Mark Schiedspruch an!

Schlichter greift in den Textilkampf ein

Die Wünsche der Unternehmer sollen erfüllt werden

Breslau, 12. Juni.

Die bürgerliche Presse meldet im Wochenblatt der Textilindustrie hat der Schlichter für Niederschlesien, Philipp, die Parteien zu neuen Verhandlungen eingeladen. Diese sollen am Sonntag mit dem Ziel der Bildung einer neuen Schlichterkammer stattfinden.

Der Zweck der für Sonntag festgesetzten Schlichtungsverhandlungen ist klar: Es soll ein Spruch gefällt werden, der die Wünsche der Textilunternehmer erfüllt. Dieser Spruch soll dann für verbindlich erklärt werden, wobei die Gewerkschaftsbürokraten die Rolle der belagerten „vergewaltigten“ Jungfrau spielen werden.

Textilproleten, alle Erfahrungen in dem bisherigen Verlauf des Kampfes haben euch gezeigt, daß nur die Gewerkschaftsopposition eueren Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen imstande ist. Nicht überall Kampfsitzungen! Nicht bei verbindlichen Schlichtungsverhandlungen! Organisiert euch, vorwärts im Kampf für die aufgestellten Forderungen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Müller und Löbe geben König Jud Sektessen

Hermann Müller gab am Dienstagabend zu Ehren (!) König Juds ein großes Sektessen. Reichstagspräsident Löbe fand diesem Akt nicht nach und gab ebenfalls dem König ein Galaspektakel. An diesem nahmen neben den Spitzen der Behörden und Industrie auch Seevering und andere prominente SPD-Größen teil.

Rot Front marschiert — trotz Verbot

Am Sonntag fand in Offenbach a. M. ein rotes Arbeiter-treffen für Frankfurt und Umgebung statt, an dem sich mehrere Tausend RFB-Kameraden, Parteigenossen und Jugendgenossen beteiligten. Der Aufmarsch der revolutionären Arbeiterkraft beherrschte das Stadtbild.

Die RFB-Kameraden marschierten in geschlossenen Gruppen, uniformiert, mit fünf Schalmientruppen, durch die Straßen. Im Demonstrationzug wurden Transparente mitgeführt, die gegen den blutigen Terror der Seevering, Geheimsitz und Biergabel protestierten. Angesichts des Massenauftretens mußte die Polizei davon Abstand nehmen, die Einhaltung des Uniformverbotes mit Gewaltmitteln durchzusetzen.

In Wetzlar (Thüringen) fand am Sonntag eine imposante Rot-Front-Demonstration statt, wobei der das gleichzeitig abgehaltene Bezirksfestessen des Reichsbanners vollkommen abfiel. Die demonstrierende revolutionäre Arbeiterkraft brachte immer wieder Hochrufe

auf den roten Frontkämpferbund aus und dokumentierte durch Transparente und das Singen von Rot-Front-Liedern, daß sie aller Verbote durch sozialfaschistische Zutreiber der Bourgeoisie spottet.

Gebering verhärtet das Vereinsgele

Berlin, 11. Juni. (Eig. Bericht.) Die Novelle zum Vereinsgesetz, die noch aus der Zeit des Bürgerrechts stammt, ist jetzt von Gebering dem Reichstag erneut vorgelegt worden. Der Entwurf bezweckt, die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes von 1908 der neuen Verfassung anzupassen. So heißt es wenigstens in der Begründung. In Wirklichkeit werden die gesetzlichen Bestimmungen zur Verfolgung revolutionärer Organisationen verschärft. U. a. wird bestimmt, daß Vereine oder sonstige Personenverbindungen aufgelöst werden können, wenn ihr Zweck und ihr Verhalten den Strafgesetzen zuwiderläuft. Will ein Verein auf politische Angelegenheiten einwirken, muß der Vorstand zwei Wochen nach Gründung Sitzung und Mitgliederverzeichnis des Vorstandes (!) der zuständigen Polizeibehörde einreichen. Eine Ausnahme finden nur solche Vereine, die nur vorübergehend zur Vorbereitung von Wahlen oder Abstimmungen gebildet werden, ebenso Unternehmer- oder Arbeiterverbände mit wirtschaftlichen Interessen. Versammlungen unter freiem Himmel sind 48 Stunden vorher bei der Polizei anzumelden. Die Polizei kann solche Versammlungen verbieten, wenn eine unmittelbare Gefahr für die „öffentliche Sicherheit“ besteht.

Die Parlamentsberichte konnten wegen des Parteitag-berichtetes heute nicht gebracht werden!

Zodesurteil im Jaturbowitsch-Prozess beantragt

Dem Richter ist damit nicht mehr zu helfen

11. Neustrelitz, 11. Juni. Im Jaturbowitsch-Prozess nahm am Dienstag unter allgemeiner Spannung der Anklagevertreter, Oberstaatsanwalt Dr. Weber, das Wort zur Begründung der Anklage. Der Oberstaatsanwalt behauptet zunächst zusammenfassend den Inhalt der einzelnen Bestände. Ein Zusammenwirken von mehreren Personen bei der Tat scheitert für ihn außer Zweifel. Bezüglich Kreuzfeld erklärte der Oberstaatsanwalt, dieser habe zweifellos gelogen, und es seien auch Verdachtsgründe vorhanden. Zum mindesten werde er Mitwisser sein. Bezüglich des Wälder verneinte der Oberstaatsanwalt Täter- oder Mittäterschaft. Schließlich stellte der Oberstaatsanwalt nach mehrstündigem Plädoyer folgende Strafanträge: Gegen August Rogens wegen gemeinschaftlichen Mordes die Todesstrafe, wegen Meineides zum Nachteil Jaturbowitsch zwei Jahre Zuchthaus; gegen Felix Rogens wegen gemeinschaftlichen Mordes und Mittäterschaft unter Verhinderung des Jugendgerichts-

gesetzes zwei Jahre Gefängnis, wegen Meineides zum Nachteil Jaturbowitsch ein Jahr Gefängnis, zusammengefaßt in eine Gefängnisstrafe von 2 1/2 Jahren; gegen Frau Köhler wegen Meineides wegen Weibliche zum Morde fünf Jahre Zuchthaus, wegen Meineides drei Jahre Zuchthaus, zusammengefaßt in eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren sowie Ehrverlust auf zehn Jahre; gegen Wälder wegen schweren Meineides drei Jahre Zuchthaus sowie Ehrverlust eines Gastbesuchs wegen Mordverdachts.

Nach dem Plädoyer des Oberstaatsanwalts wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt. Der Angeklagte Wälder wurde entlassen, dem Antrag des Oberstaatsanwalts hinsichtlich der Haft genügt. Am Donnerstag spricht zunächst der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Brandt. Dann folgen die Plädoyer der Verteidiger der Angeklagten.

Die Sekretärin des Prälaten

von Albert Daudistel
(Nachdruck verboten)

Er ließ einen jungen, schlanken und blonden Doktor der Nationalökonomie (den er förderte) in sein Büro kommen, machte ihn mit seiner Sekretärin bekannt und gab den beiden sehr freundlich den Auftrag, aus den vorliegenden Zeitungen alle Artikel über den Einbeziehungsparagrafen dessen Abschaffung von den Sozialisten demnach vor dem Plenum des Reichsparlamentes beantragt werden sollte) auszuschneiden und die Artikel in Sammelmappen einzulegen. Der junge Doktor und die Sekretärin begannen mit der Arbeit. Der Prälat empfahl ihnen noch, nicht mit dieser Arbeit zu hasten, denn er läme erst in zwei oder drei Stunden aus einer Konferenz seiner Fraktion zurück. Schwermüde ging er eine Treppe tiefer zur Sitzung und dachte: „Wäre mein Ledermittel auf sie, so müßten die beiden schlammig sein; das würde ich mit Vergnügen erleben!“ Nach noch zwei Stunden lang der Prälat sehr begierig in sein Büro und lächelte so milde daß er behaupten (so ganz von selbst zum Ausdruck brachte: „Küßet ihr beide, weil ich euch solange allein ließ, miteinander geschlafen haben, ich würde mich darüber freuen, wirklich trennen.“ Und er lächelte: „Na, Kinder, wie geht's?“ Seine Sekretärin antwortete: „Wir sind schon fertig!“ „Schnell!“ lächelte der junge Doktor und erklärte: „Ich habe dann in diesem Buche noch gelesen!“ Der Prälat starrte auf: „Kinder, das war recht, daß ihr...“ „Schnell!“ er antwortete.

Als der junge Doktor das Büro verlassen hatte, drängte es den Prälaten, sich über seine begeisterte Zustimmung immerhin doch mal zu vergewissern: er suchte, indem er nach seiner Sekretärin hin-schneuerte: „Na, was denn, weil Sie gar so böse dreinschauen, der junge Doktor nicht nett zu Ihnen!“

Sie antwortete: „Ich schneid und lieb ihn lieben! Für Männer, Herr Prälat, interessiere ich mich nicht.“ „Ach so“, betonte der Prälat. Eigentlich aber hatte er, da sein Ledermittel nicht auf sie wirken konnte, sagen wollen: „Etwas... Was mache ich nun...?“

Wochen vergingen. Es war März geworden. Die Sonne erhellte schon manchmal bis zum Mittag das gelbe Büro des Prälaten. Und seine Müden machten bereits die ersten Kundstöße um die obere Lampe. Der Prälat jedoch schien nur noch Interesse für seine staats- und wirtschaftspolitischen Geschäfte zu haben. Nach seinem ersten Mißerfolg auf dem liebespolitischen Gebiet begann er seine Tätigkeit in seinem Büro zwei Stunden früher als seine Sekretärin. Einem Mantel aber legte er erst ab, wenn sie kam. Und abends, wenn er wieder allein in seinem Büro war, hüllte er sich wieder ein und arbeitete bis tief in die Nacht... Oftmals aber, da er nichts so im Mantel und so allein noch an seinem Schreibtisch arbeitete, erhob er sich plötzlich und ging, verbissen nachdenkend, auf dem Teppich seinen liebespolitischen Wünschen nach, immer hin und her, verfolgt von seinem Schatten...

Nicht nur sein unbedeutend gebildetes, aber dadurch erst recht angereichertes Herzensleben ließ seine Seele nicht zur Ruhe kommen, sondern auch der Ehrgeiz dieses kirchlich-materialistischen Politikers garte immer und immer wieder nach Erfolg, nun auch auf dem liebespolitischen Gebiet.

Maximal lächelte er, da er nichts so verbissen nachdenkend in seinem Büro hin und her ging, auf einmal vor dem Blick seiner Sekretärin stehen und sagte: „Wenn sie sich nicht für Männer interessiert, hat sie kein Herz im Leibe, nur Schweineereien im Kopf! Morgen entlasse ich sie, basta!“ — Aber jedesmal, da er ans seiner menschlichen Qual heraus drückte gegen den leeren Stuhl seiner Sekretärin gefast hatte, beruhigte er sich mit den Worten: „Vielleicht ist sie bloß zu...“ — „...romm, zu naiv, zu dämlich, hätte ich beinahe gesagt!“ Ja, diese Worte wiederholte er gelegentlich immer wieder so genau, als habe er sie auswendig sagen gelernt. — Er etwa einen Bers von Schillet. Und obwohl der Prälat doch so... als „päpstlicher Diplomat“ daran gewöhnt war, im Interesse seiner... materialistischen Be-

strebungen die Widerstände mit oft bis zur Unbarmherzigkeit abgefeimter Schläue zu bearbeiten, wegen seines persönlich-geistlichen Begehrens aber wollte er, auch aus Rücksicht auf das kirchlich-ethische Gebiet, nicht geblüht handeln. Dieser hohe Geistliche, dessen Seele von seiner Tätigkeit in der Politik nicht herab angehärtet worden war, daß sie sich — wie viele andere — noch an geschäftspolitischen „Hohelilien“ hätte erfreuen können, versuchte immer und immer wieder (wie früher) das edelste Gefühl, das sich im Menschen bemerkt bar zu machen vermog, das Bedürfnis nach Barmherzigkeit, in sich zu unterdrücken, im Grunde genommen doch nur, um — der mächtige Prälat bleiben zu können.

Seine Seele aber litt nunmehr besonders, wenn er im Hause einer ihm politisch nahestehenden prominenten Person zu Gast geladen war und da — wenn auch im bürgerlichen Wesenszug, so doch als „der Prälat“ — beim stillen Mahl zwischen reizvollen Damen saß, die mit ihm lächelten, und er — während er ihr lächeln erwiderte — daran dachte, daß sie ihn ja nur deshalb einladen und so mit ihm lächelten, weil sie dadurch seinen Macht einfluß zugunsten irgendwelches Mitgliedes ihrer Familie zu gewinnen beabsichtigten. Ja, er hatte zu seiner Zeit mit seiner so nach jählicher Behandlung schmerzenden Seele beim Gastmahl (das ein prominenter Arzt geordnet hatte) neben der schönen Tochter des Hauses; sie war 28 Jahre alt und unterhielt den Prälaten so nichtlich, so anregend, daß er schließlich, immer, wenn er den Wein schluckte, sich sagte: „Odergott, wie glücklich muß sich der fühlen, den ein solch reizendes Mädchen liebt!“

Der Prälat trant da viel... Und als ihm die Frau des Gastgebers, die Witte ans Herz drückte, er möge doch dafür sorgen, daß ihr „zukünftiger Schwieger-sohn“ (der schon ein hoher Beamter war) recht bald in eine höhere Gehaltsgruppe komme, damit ihre Tochter die Ehe mit dem „Zukünftigen“ eingehen könne, da sagte der Prälat zu, indem er ganz veronnen vor sich hin nickte...

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil, für „Breslau“, „Dresdn“ und die übrigen Zeitungen Alfred Thoms, für „Breslau“ und „Breslau“ Wilhelm Siebold, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil Gerhard Schulz, Oleśnik. — Für die Provinz B. Weber, Breslau.

Der Young-Plan

Ein neues Werkzeug der Ausbeutung des Proletariats und der Eingliederung Deutschlands in die Kriegsfront

Freitag, den 7. Juni, gegen Abend, fand nach viermonatiger Dauer die Sachverständigenkonferenz zu Paris ein Ende durch die feierliche Unterzeichnung des Schlussberichtes. Die Schwankungen, die Krisen, das Hin und Her dieser „einzigartigen, nervenzerrütten“ Konferenz, deren Ausgaben schließlich den Sachverständigen über den Kopf gewachsen — so schildert die bürgerliche Presse ihren Verlauf —, sie waren nicht nur ein Beweis für die Tiefe der imperialistischen Gegensätze, sondern für den schwankenden Charakter und die Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung, die nur mehr mit den brutalsten Mitteln des Terrors und der Diktatur gehalten werden kann gegen die aufsteigende revolutionäre Massenbewegung des industriellen Proletariats und der Kolonialsklaven. Während der Unterzeichnung brach — ein Symbol — im Versammlungsraum ein Brand aus; noch ein ganz anderer Brand wird die Folge dieser Pariser Konferenz der Finanzkapitalisten der Welt sein. Hat die Daweskonferenz vor fünf Jahren es vermocht, auf eine gewisse Zeit mit Hilfe des internationalen Kapitals den Brand der europäischen, vor allem der deutschen Revolution, zu löschen, so wird das Ergebnis der Pariser Konferenz, mit ihren ungeheuerlichen Kosten und der Drohung des Krieges gegen die Sowjetunion

ein neues Aufflammen der revolutionären Welle in Europa und vor allem in Deutschland sein.

Der Young-Plan liegt in kurzen Inhaltsangaben der Presse vor. Wir werden uns später noch ausführlich mit seinen einzelnen Bestimmungen und ihren Folgen für die Lage des Proletariats, für die politische Rolle des deutschen Imperialismus zu befassen haben. Hier soll nur das Wesentliche herausgegriffen und die wichtigsten Teile des Inhalts gekennzeichnet werden. Der Bericht zerfällt in zwölf Abschnitte. Die ersten zwei umfassen formale Fragen der Ernennung und Zusammensetzung, der Sitzungen des Ausschusses. Der dritte Teil handelt von der „Einstellung des Ausschusses“. Es heißt hier:

„Während der Dauer unserer Beratungen und mit unseren vorgebrachten Vorschlägen haben wir versucht, eine Lösung auf wirtschaftlicher und finanzieller Grundlage zu erreichen. Aber wir müssen ebenso wie unsere Vorgänger feststellen, daß politische Faktoren notwendigerweise unseren Entscheidungen eine Grenze gesetzt haben, wenn wir überhaupt Vorschläge machen wollten, die Aussicht auf Annahme haben. Wir haben infolgedessen unsere Entscheidungen nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch auf politische Betrachtungen eingestellt.“

In diesen Sätzen werden mit diplomatischer Glätte zwei Fragen von entscheidender Bedeutung abgedrungen ausgesprochen: Erstens, daß es den Sachverständigen nicht möglich war, eine „Endlösung“ der Reparationsfrage zu finden, daß sie also wie ihre „Vorgänger“, das Dawes-Komitee, nur eine provisorische Regelung treffen konnten. Zweitens aber wird ausgesprochen der politische Charakter des Young-Planes, der sich gerade in diesem Punkte auch vom Dawesplan unterscheidet. Zweifellos war auch dieser eine politische Tatsache, aber er konnte noch die Maske der „rein wirtschaftlichen“ Regelung aufrecht erhalten. Diese Maske müssen die Verfasser des Young-Planes selbst ablegen.

Im Teil vier wird die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit behandelt, wobei die Meinungen der „nichtdeutschen“ Sachverständigen denen der deutschen gegenübergestellt werden. Die Sachverständigen der Entente-Mächte und die Amerikaner waren der Ansicht, daß die Fähigkeit Deutschlands, jährliche Summen in der Größenordnung der Daweszahlungen im Wege innerer Besteuerung oder Anleiheaufnahme aufzubringen, nicht ernstlich in Zweifel gezogen werden könne; daß es sich bei den vergangenen Jahren, in denen Deutschland seine Reparationen aus der Kapitalzufuhr gezahlt habe, nur eine Uebergangsperiode darstellte, und daß der in ihr durchgeführte Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erheblich höhere Werte als die von Deutschland geborgenen Summen geschaffen habe. Diese Uebergangsperiode sei abgeschlossen, es beginne ein Zeitraum, in dem der Kapitalbedarf vergleichsweise niedrig sei und die wiederhergestellte deutsche Produktionskraft eine ständige Ausdehnung der Warenausfuhr ermöglichen werde.

Diesem Optimismus der nichtdeutschen Sachverständigen wird die Stellung der deutschen Vertreter gegenübergestellt, das ausländische Kapital, das in den letzten fünf Jahren nach Deutschland geströmt sei, habe die steuerliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur vorübergehend gesteigert; die bisher gezahlten Reparationsbeiträge seien daher zu einem beträchtlichen Teil „aus der Substanz“ bezahlt worden, es sei sehr zweifelhaft, ob Deutschland überhaupt aus Ueberflüssen seiner Wirtschaft zahlen könne usw. Wie man sieht, wollten die deutschen „Sachverständigen“ überhaupt das Bestehen eines Profits in Deutschland ableugnen. Abgesehen natürlich von solchen Manövern, kommt aber ihre Einschätzung der deutschen Wirtschaftslage und ihre Perspektive der Wahrheit zweifellos näher, als die Perspektive des ungehemmten Aufstiegs zu neuem Wohlstand, den der Young-Bericht vorkauften will in der Art der „Dollarionne“ von 1924. Nicht einmal die SPD mag es heute, mit solchen Märchen vor die Arbeiter zu treten. Das Ergebnis der Prüfung der Wirtschaftslage Deutschlands wird zusammengefaßt in den Worten, daß man

„nicht in der Lage sei, aus der tatsächlichen Entwicklung der letzten vier oder fünf Jahre einen endgültigen Schluß auf die wirkliche Transferfähigkeit (d. h. Zahlungsfähigkeit in fremder Währung) Deutschlands zu ziehen.“

Also auch dies unterstreicht den provisorischen Charakter des Planes von Young. Nichtsdestoweniger werden die Schulden des deutschen Imperialismus „endgültig“ festgesetzt, und bestimmt, daß Deutschland diese Schuld unter Ausschaltung des bisher bestehenden Kontrollmechanismus des Dawesplanes auf Grund seiner eigener Verantwortlichkeit zu zahlen habe.

Der fünfte Abschnitt schildert den Gang der Verhandlungen und sagt, man habe sich schließlich auf eine durchschnittliche Jahresleistung von 2.050,6 Millionen Goldmark geeinigt, „vorbehaltlich gewisser Einzelheiten“. Diese Einzelheiten sind die Leistungen für die Regelung der belgischen Forderung des Erlases der während

des Krieges von Deutschland ausgegebenen Papiermark, für das Anfangskapital der Internationalen Bank usw., die jährlich circa 50 Millionen Mark betragen werden.

Der sechste Abschnitt befaßt sich dann mit der Internationalen Bank, die an Stelle der Kontrollkommissionen des Reparationsagenten usw. die Abwicklung und Uebertragung der deutschen Reparationen zu übernehmen hat. Von größtem Interesse ist der Absatz über die weitere Betätigung dieser Bank:

„Um eine möglichst große Wirkung zu erzielen, ist es offensichtlich wünschenswert, die Aufgaben der Bank nicht ungebührlich zu beschränken. Wir nehmen an, daß sich die Bank bei verständiger, gegenseitiger Konkurrenz möglichst vermeiden, finanzieller Entwicklung als eine nützliche Einrichtung für die Erschließung neuer Handelsgebiete erweisen wird, sowohl was das Angebot als auch was die Nachfrage betrifft, und so zur Lösung des besonderen deutschen Problems beitragen wird, ohne dabei die Tätigkeit bereits bestehender Einrichtungen zu beeinträchtigen.“

Dieser Abschnitt zeigt — wie schon an anderer Stelle gesagt wurde — die große Bedeutung dieser Internationalen Bank als Instrument des einheitlichen Vorgehens der imperialistischen Mächte in den Fragen der Kredit- und Schuldenpolitik gegenüber der Sowjetunion.

Der Abschnitt sieben beschäftigt sich mit der Teilung der Jahreszahlungen in einen ungeschützten Teil von 600 Millionen, der „kommerzialisiert“, d. h. als Anleihe auf dem Kapitalmarkt untergebracht werden soll, und einem geschützten Teil, der den sogenannten „Uebertragungsschuss“ geniesst, d. h. die Möglichkeit eines Ausschubes der Uebertragung, wenn die deutsche Währung gefährdet wäre.

Kapitel acht befaßt sich mit dem Zahlungsplan und seinem Inkrafttreten. Der Dawesplan läuft mit dem 31. August d. J. ab. Am 1. September beginnt die Zahlung nach dem Young-Plan. Die Sachleistungen werden noch weiter fortgeführt mit 760 Millionen Mark im ersten Jahr, vermindern sich aber in jedem Jahr um 50 Millionen Mark bis auf 300 Millionen Mark im 10. Jahre. Die auswärtigen Kontrollen ebenso wie die Reichsbahn- und Industrieobligationen werden abgeschafft. Die Reichsbahn wird für die Dauer von 37 Jahren eine direkte Steuer von 660 Millionen Mark jährlich zu zahlen haben, die von der deutschen Regierung garantiert wird. Der „Wohlfstandsindex“ des Dawesplanes fällt fort.

Abchnitt neun des Berichtes behandelt die sogenannte „Liquidierung der Vergangenheit“, empfiehlt den einzelnen Ländern die beschlagnahmten Gelder deutscher Kapitalisten im Ausland freizugeben usw.

Im Kapitel zehn werden die Fragen der Kommerzialisierung des ungeschützten Teiles der Jahreszahlungen behandelt. Deutschland wird der Internationalen Bank entsprechende Schuldscheine ausliefern, die zum Teil für die geschützte, zum Teil für die ungeschützte Jahreszahlung gelten. Es heißt dann weiter, daß auf Verlangen der

Internationalen Bank Bonds auf den Namen des Reiches und unter seiner Garantie über ein Kapital auszustellen sind, durch das ein Teil der Jahreszahlungen kapitalisiert wird. Hier wird im weiteren ein sogenanntes „negatives Pfand“ für die Schuldscheine und die auszugebenden Bonds vorgesehen, nämlich, daß bestimmte von der deutschen Regierung zu bezeichnende Bäume und Verbrauchsgüter nur mit Zustimmung der Internationalen Bank und nur mit dem Ränge hinter den Reparationsverpflichtungen anderweitig verpfändet werden dürfen.

Im Absatz elf wird der Young-Plan dem Dawesplan gegenübergestellt, wobei die üblichen Phrasen vom allgemeinen Wohlstand und Verständigung der Völker gedroschen werden.

Dem Bericht sind beigelegt, sechs Anhänge, von denen der erste die Organisation der Bank, der zweite die Einsetzung eines Organisationskomitees für die Abwicklung des Dawesplanes unter Leitung Parter Gilberts, der dritte die Bedingungen der Mobilisierung, Nummer vier die Verteilung der Jahreszahlungen unter den Alliierten, Nummer fünf Frankreich besondere Verpflichtungen als Gegenleistung für seine Erstberechtigung auf Zahlungen aus dem mobilisierten Teil behandelt. Im sechsten Anhang wird der Brief von Dr. Schacht zum Abbruch gebracht, in dem dieser sich verpflichtet, die Einlösung der Reichsbanknoten in Geld und Devisen sicherzustellen.

Es ist klar, daß dieser kurze Auszug des Young-Berichtes noch keinen vollkommenen Begriff seiner Bedeutung und seiner Folgen gibt. Schon jetzt aber kann mit aller Schärfe gesagt werden, daß die relativ geringe Erleichterung der Jahreszahlungen weit ausgemoggen wird durch die in dem Bericht selbst ausgesprochene Tatsache,

daß Deutschland von nun ab seine Leistungen „aus eigener Kraft“, d. h. allein aus den Knochen seines Proletariats, auszuführen hat, und nicht mehr auf die großen amerikanischen Anleihen rechnen darf.

Dies bedeutet eine ungeheure Verschärfung der Ausbeutung des deutschen Proletariats, die Notwendigkeit einer brutalen Offensive des Unternehmertums, wie sie im letzten Jahrzehnt, seit dem imperialistischen Kriege nicht mehr dagewesen ist. Das deutsche Finanzkapital unter der rücksichtslos entschlossenen politischen Führung der sozialdemokratisch-vollparteilichen Koalitionsregierung wird sich in den kommenden Monaten an die Arbeit machen, diese Ausplünderung der Massen nach allen Regeln der Kunst und mit den Mitteln der offenen Diktatur durchzuführen.

Das deutsche Proletariat wird diesen Raubzug nicht untätig über sich ergehen lassen. Es wird die Sozialdemokraten, die ihm die „Vorzüge“ des Young-Planes einreden, zum Teufel jagen, es wird aber auch die Deutschnationalen, die nationalistische Entrüstungstheater machen, mit der gleichen Schärfe bekämpfen. Nicht mehr wie beim Dawesplan vor fünf Jahren sind von den imperialistischen Großmächten der völlig zusammengebrochenen deutschen Bourgeoisie Bedingungen diktiert worden, sondern diesmal hat diese, gleichberechtigt vertreten durch ihre „Sachverständigen“, im Vollbewußtsein ihres neuen brutalen Imperialismus, mit den anderen großen imperialistischen Räubern ein Bündnis geschlossen zur verschärften Ausbeutung des deutschen Proletariats und zur Herstellung der Kriegsfront gegen die Sowjetunion. Daß ihre „Quote“, ihr Anteil dabei recht mager ausfällt, ist ihre Sache. Das deutsche Proletariat wird unter der Führung der SPD, seine ganze Kraft konzentrieren auf die Organisation revolutionärer Massenkämpfe gegen Hunger, Sozialfaschismus und Krieg, diese drei Begleitererscheinungen des Young-Planes.

Roter Betriebsrat in Strehlen gemäßregelt

Unter Genosse Andrezza friflos entlassen

In dem Strehlener Steinbruch wurde vorgestern unser Genosse Andrezza, der Mitglied des Betriebsrates ist, friflos entlassen. Gleichzeitig kündigten die Steinbruchbesitzer eine Klage vor dem bürgerlichen Gericht gegen Andrezza an. Die Entlassung ist eine freche Provokation, die nicht ohne Antwort bleiben darf.

Die Ursachen, die zu der Entlassung des Kollegen Andrezza geführt haben, sind folgende: Der Steinbruch, auf dem die Firma Schall arbeitet, ist im Besitz der Stadt Strehlen. Die Stadt erhält von der Firma eine jährliche Pachtsumme, die durch die Höhe des von der Firma erzielten Umsatzes bestimmt wird. Seit einiger Zeit machten nun verschiedene Steinarbeiter die Beobachtung, daß bessere Sorten der Steine mit einem „N“, schlechtere Sorten dagegen mit einem „S“ bezeichnet wurden. Es entstand die Vermutung, daß die mit „N“ bezeichneten Steine als nicht bei Schall hergestellt verkauft wurden. War das so, so wäre die Folge dieser Manipulation eine rechnerische Herabsetzung des Umsatzes der Firma Schall und eine Minderung der an die Stadt zu zahlenden Pachtsumme.

In seiner Eigenschaft als Stadtverordneter brachte der Genosse Andrezza diese Dinge in der letzten Sitzung des Strehlener Stadtparlamentes zur Sprache, forderte Aufklärung und Ergreifung von Maßnahmen zur Sicherstellung der Ansprüche der Stadt gegenüber der Firma Schall. Diese Anträge, die der Genosse Andrezza nicht in seiner Eigenschaft als Betriebsrat, sondern in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter gemacht hat, hat die Firma zum Anlaß der friflosen Entlassung genommen. Selbstverständlich hat Genosse Andrezza sofort Einspruch gegen die Entlassung erhoben. Insbesondere da die Entlassung ohne Befragung des Betriebsrates vorgenommen wurde. Selbst nach den Bestimmungen des unzulänglichen Betriebsratsgesetzes gibt es keine Gründe, die die Firma berechtigen würden, ein Mitglied des Betriebsrates ohne Befragen des Gesamtbetriebsrates zu entlassen.

Die Belegschaft des Strehlener Steinbruchs darf jedoch auf die zu erwartende Entscheidung des Gerichts keine besonderen Hoffnungen bauen. Das Gericht wird bestimmt versuchen, nicht die Interessen des Arbeiters, sondern die des Unternehmers wahrzunehmen. Ohne das Urteil des Gerichts abzuwarten, muß die Belegschaft geschlossen wie ein Mann die

Wiedereinstellung des gemäßregelten Kollegen

fordern, da offensichtlich hier ein unabweimelbarer Klassenkampf der Arbeiter auf Straßenpflaster geworfen werden soll, der stets unerschrocken die Interessen unserer Arbeiterkollegen verteidigt und dem

zufolge von den Unternehmern gehäht wurde. Es muß sofort, falls es noch nicht geschehen ist, eine allgemeine Belegschaftsversammlung stattfinden, in der der Firma erklärt werden muß, daß im Falle der Weigerung, dem Kollegen Andrezza wieder einzustellen, die Belegschaft auch vor der Arbeitsniederlegung nicht zurückschrecken wird.

Papierfabrik in Sirkberg stillgelegt

Sirkberg, 11. Juni. Die größte Papierfabrik im Riesengebirge, „Weltende“, wird wegen Mangel an Absatz am 1. Juli den Betrieb ganz einstellen. Damit werden etwa 300 Arbeiter arbeitslos.

Riesenblamage des badischen SPD-Innenministers

Bekanntlich hat der sozialdemokratische badische Innenminister Kemme gleichzeitig mit dem Verbot des RFB auch den „Roten Frauen- und Mädchenbund“ verboten. Er begründete es mit der Befauptung, der RFB betreibe Schuß- und Wehrsport, und würde in Tage- und Nachtausmärschen egerziernäßig geschult. Dieser Schwindel war so hahnstüchig, daß sich Kemme jetzt gezwungen sah, in einem Schreiben mitzuteilen, der RFB solle, sofern nicht im Einzelfalle (!) der Nachweis für seine organisatorische Verbindung mit dem Rot-Frontkämpfer-Bund erbracht werden kann, nicht unter das Verbot des Roten Frontkämpferbundes. Die beschlagnahmten Gegenstände des RFB seien deshalb, soweit (!) sie nicht etwa aus anderen (!) Gründen der Eingezugung unterliegen, unverzüglich zurückzugeben. Die Arbeiterfrauen und Arbeitermädchen müssen nun erst recht die Reihen des RFB stärken.

Geben erscheint

„Die Kommunistische Internationale“. Aus dem Inhalt haben wir besonders hervorzuheben: Die Front des 1. Mai. — Eine neue Etappe. — Paul Merker-Berlin Ergebnisse und Lehren der Betriebsratskämpfe in Deutschland. — Eugen Langer über die Mittelschichtfrage. Preis des Einzelheftes 30 Pf. Es ist zu beziehen durch die Literaturabteilung, Woloszewski und alle Buchhandlungen.

Aus der Praxis der Zwangsvermittlung

Noch bevor der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die bekannteten Anweisungen an die Arbeitsämter erlassen hat...

Einige erwerbslose Frauen aus Bad Schönfließ erhielten am 26. April Arbeitsvermittlungsscheine folgenden Inhalts zugestellt:

Hierdurch wird Ihnen Arbeit als Fortarbeiterin bei der Gutsverwaltung Försterei Johanneshof in Hohenwarthenberg nachgewiesen...

Die Försterei Johanneshof liegt ungefähr 15 Kilometer von Schönfließ entfernt. Also müßten die Frauen 30 Kilometer am Tage laufen!

Weiter wollte die Zahlstelle Schönfließ erwerbslose Männer nach dem Stahlhelmgut Wörldorf vermitteln für 31 Pfg. Stundenlohn!

Wie durch diese erbärmlichen Angebote der Mangel an „Arbeitskräften“ auf dem Lande gesteigert wird, geht aus einem Bericht des Landesarbeitsamts Sachsen hervor:

Im allgemeinen fehlt es an jugendlichen männlichen und weiblichen Arbeitskräften... für den Gartenbau warben Fachkräfte unter 20 Jahren und Gartenstrassen angefordert.

Die äußerlich niedrigen Löhne, die angeboten werden, veranlassen die Arbeitsämter, nur noch Jugendliche für die Landarbeit zu vermitteln. So heißt es in dem obigen Bericht:

Verlangt werden: Landarbeiterfamilien — Landarbeiter bis zu 25 Jahren, Burschen bis 18 Jahren — Gärtner für Gemüse- und Topfpflanzen bis 20 Jahren, Mädchen für Haus-, Feld- und Stallarbeit bis 18 Jahren usw.

Um billige Arbeitskräfte zu vermitteln, schreckt man selbst davor nicht zurück, Arbeitslose unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach anderen Provinzen und Wirtschaftsteilen zu „überstellen“.

Diese Angaben hatte der Beamte Hinz den Erwerbslosen zu einer Zeit gemacht, als in Marienburg 1400 Erwerbslose waren.

Insgesamt 14 erwerbslose Familien mit 34 Kindern siedelten auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge auf Grund der Vorspiegelungen von Hinz aus Dortmund, Bochum, Essen, Börde, Oberhausen und Gelsenkirchen um.

Vor ihrer Abfahrt mußten sie sich durch Unterschrift verpflichten, daß sie auf jegliche Ansprüche gegenüber ihrem früheren Wohnort verzichtet hätten, und haben die neuen Orte, welche sie durch Mietzahlung erwerben konnten und die von der ostpreussischen Siedlungsgenossenschaft und der „Heimstätte“ erteilt waren, bezogen.

Nur 4 Mann erhielten sofort Arbeit zugewiesen, die übrigen mußten von der Wohlfahrtsunterstützung leben.

Durch diese Unverschämtheit eines Arbeitsamtsbeamten haben also 14 Familien ihre Arbeitslosenunterstützung verloren, ihre früheren Wohnungen, erhielten keine Arbeit und mußten der öffentlichen Wohlfahrtspflege überwiefen werden.

Geradezu handlungsunfähig ist aber die Tatsache, daß Arbeits- und Wohlfahrtsämter Zwangsvermittlungen nach dem Auslande vornehmen. Wir haben schon mehrmals über solche Fälle berichtet...

Noch schlimmer und rigorosere sind einige Fälle, die von Mannheim gemeldet werden. Hier ist der Sozialdemokrat Dr. Lehmann der Verantwortliche, der es als seine Aufgabe ansieht, deutsche hungernde Erwerbslose als Kolonialsklaven nach Frankreich abzuschieben.

Den Erwerbslosen wurden bei der Vermittlung allerlei Forderungen gemacht, die später auf der Arbeitsstelle nicht eingehalten werden. Die Arbeitsverträge sind in französischer Sprache abgefaßt und daher die Erwerbslosen nicht in der Lage, die einzelnen Bestimmungen kennen zu lernen.

Nach 11 Uhr kamen wir an. Zunächst bekamen wir das Abendessen, ein Stück Brot und Bier, sehr knapp. Das müßten wir bezahlen... Nach dem Essen wurden wir in Baracken verteilt...

und ein Seidentuch sind das Bett. Schränke gibt es nicht. Jeder muß seine Kleider in dem von ihm mitgebrachten Koffer oder Kation aufbewahren. 20-25 Mann müssen so wie Zigeuner hausen.

Mit dem Lohn wird man auch geprellt. Hier auf dem Arbeitsamt hieß es, wir bekommen 3,50 Francs Stundenlohn. Dort wurde uns ein Vertrag zur Unterschrift vorgelegt, der nur auf einen Lohn von 3,20 Francs die Stunde lautete.

Die normale vertraglich festgelegte Arbeitszeit ist 10 Stunden, gewöhnlich wird jedoch 10 1/4 Stunden gearbeitet. Die halbe Stunde wird aber nicht bezahlt. Die Lebensverhältnisse sind sehr teuer — so daß man das ganze Geld, das man dort bei 10-12ständiger Schusterei bekommt, für das Essen ausgeben muß.

Ein anderer Arbeiter, der zum Bahnhofsbau verschickt wurde, schreibt einen ähnlichen Brief und schildert darin, daß im Auftrage aller Vermittelten ein Arbeiter nach Mannheim zurückfuhr, um mit Dr. Lehmann über die schlechten Verhältnisse zu sprechen. Dr. Lehmann erklärte ihm:

„Wenn Sie die Arbeit verlassen, bekommen Sie alle keine Erwerbslosenunterstützung mehr in Mannheim.“

An diesem Beispiel zeigen sich einmal die Schändlichkeiten der Zwangsbestimmungen des VAWG, und zum anderen die Arbeitsgemeinschaft zwischen internationalen Kapitalisten, der deutschen Unternehmerrepublik und ihren treuen Knechten, den Herren Sozialdemokraten!

Wändung im Essener Bezirksbüro des DMB.

Wie uns aus Essen berichtet wird, sind auf dem Bezirksbüro des Deutschen Metallarbeiterverbandes Bürogegenstände im Werte von 450 Mark gepfändet worden. Es soll eine Summe von 5400 Mark vom Bezirksbüro des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die Bezahlung der Kosten anlässlich der Verhandlungen über die Aussperrung im Nordwestklampf eingetrieben werden.

(Wir werden über diese Provokation gegenüber den Nordwest-Metallarbeitern noch Näheres berichten.)

Bereinigung der ausgesperrten Rohrleger und Helfer

Berlin, 9. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Hier fand eine überfüllte Branchenversammlung der Rohrleger statt. Ueber 3000 Rohrleger waren erschienen. Das Komitee des aus dem DMB. ausgeschlossenen Branchenleiters Niederkirchner wurde mit für-mißigem Beifall angenommen. Es wurde gegen eine einzige Stimme beschlossen, sich als Vereinigung der Rohrleger und Helfer zu einer wirtschaftlichen Organisation aller im Rohrlegergewerbe arbeitenden Kollegen zu konstituieren.

Ergebnis des Zimmererverbandstages

Weitere Entzweiung der Mitglieder — Einführung der Invalidenunterstützung und Kommunistenboje. Wer bis heute der Meinung war, daß der Zentralverband der Zimmerer eine Ausnahmestellung innerhalb der freien Gewerkschaften einnähme, der wurde durch den 25. Verbandstag in Kiel eines anderen belehrt.

Volgast gab den Geschäftsbericht für den Zentralverband. Er gab sich gar nicht die Mühe, etwas Positives zu sagen. Seiner Meinung nach gibt es nur Fortschritte auf allen Gebieten der Verbandsarbeit. Daß der Reichsstarikvertrag auf zwei Jahre abgeschlossen wurde, die Lohnperiode im Gegensatz zu früher auf ein Jahr festgelegt ist, wurde von Volgast schon auf dem Magdeburger Verbandstag damit begründet, daß man mit dem neuen Reichsstarikvertrag sehr wohl auskommen könne.

Helft den Textilarbeitern!

Die schlesischen Textilbarone wollen erzwingen, daß die Textilarbeiter weiterhin für ein paar Bettelpennige arbeiten! Stärkt die Kampfkraft der Textilarbeiter! Zeichnet auf die Sammellisten der ZM! Alle Geldsendungen sind umgehend an die Adresse Magdeburg 30 91, Breslau, Freiheitsgasse 2, II, zu senden.

Wichtige Entscheidungen zum VAWG!

Eine Ablehnung angebotener Arbeit wegen nicht hinreichender Sicherung der Versorgung der Angehörigen gemäß § 90 Abs. 2 Nr. 3 VAWG. wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die angebotene Arbeit am Wohnort des Arbeitslosen zu verrichten wäre.

Der Anspruch auf Familienzuschlag nach § 103 Abs. 2 Satz 1 VAWG ist auch dann begründet, wenn der gesetzliche Unterhaltungsanspruch des Angehörigen gegen den Arbeitslosen nur zum Teil durchgestellt, weil ein nicht arbeitsloser Erstverpflichteter nach §§ 170b oder 1807 BGB. vorhanden ist.

Wird ein bisheriger Lehrling nach der Beendigung der Lehrtätigkeit arbeitslos, so ist seine Arbeitslosenunterstützung, wenn er kein Entgelt bezog, in der untersten Lohnklasse nach § 105 VAWG zu leisten.

Daß der Arbeitslose erst nach der Arbeitslosmeldung eine Nachzahlung an Arbeitsentgelt erhalten, auf die er jedoch schon während der Beschäftigung einen Anspruch hatte, so ist für die Bemessung der Arbeitslosenunterstützung im Sinne des § 105 Abs. 2 Satz 1 VAWG. auch diese Nachzahlung zu berücksichtigen.

Ein Arbeitsloser, der gegen Entziehung der Arbeitslosenunterstützung das Rechtsmittelverfahren betreibt, unterliegt auch während dieses Verfahrens der Meldepflicht nach § 173 VAWG, so daß die Folge des § 114 VAWG. schon für diese Zeit eintritt, wenn er während im Rechtsmittelverfahren die Arbeitslosenunterstützung ausgeprochen erhält.

im Sinne des Zentralvorstandes abgelehnt, verständen nicht, daß man auch ohne Streit die Interessen der Bauarbeiter wahren könne.

Im Bericht des Kassierers Römer war die Hauptsache der Hinweis auf die Notwendigkeit einer gestützten Verbandsklasse, ohne die man nicht kämpfen könne. Er verwies auf die gestützten Streiklisten der Unternehmer und verzog dabei zu erklären, daß erst durch die reformistische Bürokratie der bauseitlichen Verbände, durch das feige Zurückweichen vor jedem Unternehmerangriff den Unternehmern ermöglicht wurde, die Streikfonds gegen die Arbeiter anzuhäufen.

Der Redakteur Sau er berichtete über die Presse, wobei er die Propaganda für die „Wirtschaftsdemokratie“ und die sozialdemokratische Koalitionspolitik verteidigte. Dabei behauptete er noch lächerlich, daß er nicht einseitige, parteipolitische Parteipropaganda für die SPD. gemacht habe.

Die Diskussion nahm einen eigenartigen Verlauf. Nach jedem Redner, der gegen die arbeiterschädigende Politik der Verbandspolitik sprach, marschierte ein Bunde aus, um mit antibolschewistischem Material und großer Lungenkraft die Opposition zu „erleuchten“.

Die Opposition ließ sich trotzdem nicht einschüchtern und zwang den Zentralvorstand, zu jeder Frage Stellung zu nehmen. Wie entschied die Verbandstagsmehrheit? Alle Anträge, die mehr Rechte für die Mitglieder sowie Wiederherstellung der proletarischen Demokratie im Verband verlangten, wurden abgelehnt.

Neben der Annahme der Satzungen, die verschärfte Bestimmungen gegen die Opposition enthalten, wurde die Einführung der Invalidenunterstützung beschlossen. Weiter wurde die Erhöhung der Beiträge auf Kosten der Lokalkasse beschlossen. Das Tollste leistete sich der Verbandstag, indem er über die Erhöhung der Streikunterstützung, Erhöhung der Sterbeunterstützung, wofür in den letzten drei Jahren allein 113 747,60 Mark bezahlt wurden, und die Erhöhung der Beiträge gemeinsam abstimmen ließ.

Bezeichnend war, daß man auf den Bericht vom Gewerkschaftskongress in Hamburg verzichtete. Dafür wurde die Wahl der Delegierten zum nächsten Kongress vorgenommen und nur Sozialdemokraten delegiert.

Die Klassenbewussten Zimmerer müssen aus diesem Verbandstag die Lehre ziehen, sich geschlossen um die gewerkschaftliche Opposition zu scharen, um die Angriffe des Unternehmertums zurückzuschlagen, und um wieder zu einem Vormarsch gegen das Kapital zu kommen.

Anwachsen der Opposition bei den Berliner Buchdruckern

Die Wahl zum Buchdruckerverbandstag im Gau Berlin zeigte ein erhebliches Anwachsen der oppositionellen Stimmen gegenüber der letzten Verbandstagswahl im Jahre 1926. Bei diesen Wahlen hatte die sozialdemokratische Mehrheit der Generalversammlung es abgelehnt, die oppositionelle Liste zur Wahl zu stellen.

Das Resultat der diesjährigen Wahl ist folgendes: Abgegebene Stimmen 12 036 SPD-Liste 9 895 Opposition 2 641

Die Oppositionsstimmen sind, wie selbst der „Vorwärts“ zugibt, 22 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei den Wahlen zum Verbandstag 1926 wurden für die Opposition 1400 Stimmen gezählt. Das waren 14 Prozent der damals abgegebenen Stimmen.

Dieses Ergebnis zeigt, daß die Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse auch bei den Buchdruckern schaukelnd ist. Das ist eine starke Ermunterung für die Opposition im ganzen Reich, die mit verstärkter Energie weiterarbeiten wird.

Das Referat des Genossen Thälmann

auf dem 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

Genossen! Der Gesamtplan der Fragen, die ich in meinem Referat behandeln muß, um zur Hauptaufgabe unserer revolutionären Politik im deutschen wie im internationalen Maßstab Stellung zu nehmen, ist so vielseitig, daß ich einen großen Teil der Fragen nur streifen werde. Insbesondere werden die Kriegs- und Gewerkschaftsfragen noch in zwei Sonderreferaten vor dem Parteitag behandelt. Die Beschlüsse dieses Parteitages, seine Einschätzung der Lage und die Kennzeichnung der Aufgaben, die vor uns stehen, müssen von den Beschlüssen des 4. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale und des 6. Kongresses der Kommunistischen Internationale ausgehen. Die seit dem 6. Weltkongress verstrichene Zeit hat die Wichtigkeit der dort gefassten Beschlüsse eindeutig bestätigt.

Der 12. Parteitag der KPD hat nicht nur für Deutschland, sondern auch international gesehen eine gewaltige Bedeutung. Der Klassenkampf in Deutschland, und ich kann wohl ohne Übertreibung sagen, auch in den wichtigsten übrigen Ländern des Kapitalismus, verfolgt diesen Parteitags mit großer Aufmerksamkeit. Andererseits lenkt das deutsche Proletariat und die internationale Arbeiterklasse ihre Augen erst recht auf die Strategien unserer Parteilinie. Die Tatsache, daß die wichtigsten Sektionen unserer Internationale hier vertreten sind, legt Zeugnis von dem internationalen Charakter unserer Tätigkeit ab.

Ich werde in meinem Referat fünf Fragen behandeln:

1. Die internationale Lage und die Entwicklung der Komintern seit dem 6. Weltkongress.
2. Die Weltwirtschaftslage in Deutschland, das Reparationsproblem, die Offensive des Kapitals und die Kriegspolitik des neuen deutschen Imperialismus.
3. Die Rolle der Sozialdemokratie im Klassenkampf und ihre Entwicklung zum Sozialfaschismus.
4. Der Charakter der gegenwärtigen Klassenkämpfe in Deutschland, die neue Taktik der Partei und unsere innerparteilichen Differenzen.
5. Die Weltereignisse, die Perspektive der weiteren Entwicklung und die Hauptaufgaben der Partei.

Zur internationalen Lage

In den Thesen des 6. Weltkongresses der Komintern sind bereits die Hauptmerkmale der dritten Periode der Nachkriegsentwicklung des Weltkapitalismus niedergelegt. Diese Periode ist gekennzeichnet durch eine scharfe Zuspitzung aller Widersprüche des kapitalistischen Systems, sowohl der inneren als auch der äußeren, in internationaler Maßgabe. Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate, der Wegfall der imperialistischen Länder zu den Kolonien, der gerade jetzt in Indien einen revolutionären Höhepunkt erreicht hat, die allgemeine Zuspitzung der Klassengegensätze, vor allem aber die Verschärfung des aller anderen Widersprüche beherrschenden Hauptgegensatzes der imperialistischen Welt zum Sowjetunion unterstreichen die Wichtigkeit der vom 6. Weltkongress gegebenen Einschätzung der Lage. Nur im Zusammenhang mit diesen internationalen Widersprüchen kann auch die mit ihnen aufs engste verknüpfte politische Lage in Deutschland richtig beurteilt werden. Denn gerade in Deutschland zeigen sich die internationalen Merkmale der dritten Periode in einer besonders scharfen Zuspitzung.

Auf dem Hintergrund dieser unlöslichen Widersprüche des kapitalistischen Systems spielt sich die allgemeine Zuspitzung des Klassenkampfes ab. Die neue kapitalistische Offensive gegen die Arbeiterklasse, die wir gerade jetzt in Deutschland in ihren mannigfaltigen Formen beobachten können, zeigt sich auch im internationalen Maßstab. Ein internationaler Feldzug des Finanzkapitals gegen das Proletariat hat begonnen.

Internationale Verschärfung des Klassenkampfes

Dieser verschärfte Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten untereinander bedingt seitnerseits einen verhärteten Druck auf die Kolonien und auf die Arbeiterklasse im eigenen Lande. Die Welle der ökonomischen und politischen Streits und Aktionen des Weltproletariats und besonders der durch den Reformismus noch am wenigsten versuchten jungen Arbeiterbewegung in den Kolonien gegen die imperialistischen Ausbeuter hat in dem heldenmütigen Kampfe der Bombayer Textilarbeiter gerade jetzt wieder einen deutlichen Höhepunkt erreicht.

Gen. Thälmann schildert in diesem Zusammenhang Amerikas und Englands Kampf um die Welthegemonie, den heldenmütigen Kampf der Bombayer Textilarbeiter und die sozialdemokratische Politik des Bürgerfriedens.

Die Arbeiterklasse hat heute einen internationalen Anschauungsunterricht am eigenen Leibe, wie sich dieser Bürgerfriedens für sie auswirkt. Die Offensive des Kapitals auf die Lebenshaltung des Proletariats hat zu einer ungeheuren Verschärfung des Klassenkampfes in allen Ländern geführt. Diese verschärfte Ausbeutung kann die

Bourgeoisie anlässlich des steigenden Widerstands der Massen nur durch eine rücksichtslose Politik der Unterdrückung und Vernichtung der revolutionären Arbeiterorganisationen, der Ausnahmegesetze gegen die Kommunisten und der Abschaffung ihrer Gewerkschaftsform ermöglichen.

Die Gefahr des Faschismus

Noch nie war die faschistische Gefahr für das Proletariat der ganzen Welt so groß wie im gegenwärtigen Augenblick. Unser Parteitags muß den Kampf des Faschismus in der ganzen Welt feststellen, und zwar nicht nur in den rückschrittlichen Agrarländern, sondern auch in den sogenannten demokratischen Ländern. Der faschistische Staatstreich in Jugoslawien, die Entwicklung in Polen, das Anwachsen des Heimwehrfaschismus in Oesterreich, wo die Austromarxisten völlig kapituliert haben, und die heftigste faschistische Bewegung in Deutschland, die sich bei den Sachsenwahlen im Stimmengewinn der Nationalsozialisten wiederum gezeigt hat, signalisieren diese Gefahr in ihrer ganzen Größe.

Die Formen und Methoden des Faschismus sehen dabei sehr verschieden aus. Überall aber spielt er die Rolle des Wegbereiters für den Krieg gegen die Sowjetunion.

Die Sozialfaschisten

Eine besonders gefährliche Form in der Entwicklung und für Deutschland heute die entscheidende Form ist die des Sozialfaschismus, der sozialfaschistischen Entwicklung der Sozialdemokratie. Diese Entwicklung wird bei der Klassenanalyse in Deutschland und bei der Bestimmung unserer praktischen Methoden eine entscheidende Rolle spielen. Aber der Sozialfaschismus ist keine nur deutsche Angelegenheit. Daß die Sozialdemokratie überall zum stärksten Hebel der faschistischen Entwicklung wird, das beweist nicht nur der Severing-Förgiebel-Kurs in Deutschland, das wird in den nächsten Wochen schon in England die Praxis der MacDonald-Regierung beweisen. Während die erste MacDonald-Regierung im Jahre 1924 nur wenige Monate am Ruder war und durch das Fehlen großer ökonomischer Kämpfe und den Abschluß des russischen Vertrages sich eine günstige Position schaffen konnte, wird die jetzt aus Ruder gelommene Labour-Regierung die Politik der konservativen Regierung in anderer Form verschärfte fortsetzen.

Die Bedrohung der Sowjetunion!

Der Ausgang der Reparationskonferenz in Paris, die organisierten Bandenüberfälle an der albanischen Grenze, der Abbruch der sinesisch-sowjetrischen Beziehungen und der militärische Geheimvertrag Polen-Rumänien signalisieren ebenso wie die diplomatischen Schritte der Stresemann-Müller-Regierung nach der Waiereignisse in Moskau die ganze Größe der Gefahr der kapitalistischen Intervention gegen Sowjetrußland. Je schwieriger der Kampf um den Weltmarkt wird, je krisenhafter die Veränderung des Marktes für den Imperialismus sich auswirkt, je schneller die Revolutionierung der arbeitenden Massen in den kapitalistischen Ländern und Kolonien vorwärtschreitet, desto dringender wird für die Imperialisten die Notwendigkeit des militärischen Überfalls auf die Sowjetregierung. In diesem Zusammenhang wird die Neuorientierung der deutschen Außenpolitik, werden aber auch die Waiereignisse in einem größeren internationalen Zusammenhang gestellt.

Angeichts der steigenden Rüstungen der imperialistischen Länder für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion ist es die Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt, die Sowjetunion mit allen Mitteln zu verteidigen.

Zur Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands und im Namen der gesamten revolutionären Arbeiterklasse grüßen wir von dieser Stelle aus die Rote Armee, die Schutzorganisation des Proletariats der ganzen Welt, mit brüderlichen Kampfgrüßen. (Unhaltender stürmischer Beifall des Parteitages.)

Rüffel zum 1. August!

In diesem Zusammenhang stehen vor uns die Aufgaben der vom 6. Weltkongress beschlossenen Durchführung des Antikriegstages am 1. August. Dieser Antikriegstag muß zu einer gewaltigen Bewegung der Weltkämpfer aller Länder gegen die konterrevolutionären Anschläge der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie werden. Wir müssen bei dieser Mobilisierung der Massen gegen den imperialistischen Krieg den Zusammenhang zwischen der Kapitalsofsenfive und der faschistischen Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse als Einheit der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjet-

union aufzeigen. Den schändlichen Verrat des 1. Mai durch die 2. Internationale, die in diesem Jahre in allen Ländern dazu überging, die vor 40 Jahren vom Internationalen Kongress in Paris aufgestellten Forderungen offen zu verstoßen, müssen wir gegenüberstellen der internationalen Solidaritätsaktion am 1. Mai, dem internationalen Protestkum gegen das Blutbad in Berlin.

Die internationale Bedeutung des 1. Mai in Berlin

In Berlin hat der sozialdemokratische Parteipräsident Förgiebel im Auftrag der Koalitionsregierung und der Gewerkschaftsbürokratie die Maidemonstration verboten. Trotzdem demonstrierten die Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei. Bereits mittags ließ Förgiebel in feierliche Demonstrationen und in eine freigewerkschaftliche Verammlung der Hochleger hineinziehen. Am Abend aber entstanden in der Umwehr der blutigen Terrorprovokationen der Morphisten der Polizei in der Verteidigung des arbeiterlichen Rechtes auf die Straße im roten Wedding und im roten Neutaln Barrikaden. Ich will an dieser Stelle nur kurz die historische internationale Bedeutung der Berliner Maidemonstrationen, die in der Internationale einen Widerhall gefunden haben, von dem sich die deutsche Arbeiterklasse kaum eine richtige Vorstellung machen kann. Auf der Brüsseler Konferenz der westeuropäischen Parteien der Komintern beteiligten die Vertreter aus den wichtigsten Ländern über die Solidaritätsaktionen, über Streiks und Demonstrationen in hunderten von Städten. Proteststreiks wie in Wien, in Frankreich und, um ein charakteristisches Beispiel zu geben, die Demonstration in

Kopenhagen, wo 15 000 Arbeiter den Völkern der Kommunistischen Partei folgten, mehr als fünfmal so viel, als die Partei bei den letzten Wahlen Stimmen erhalten hatte.

Über die Berliner Maidemonstrationen haben nicht nur die revolutionäre Presse des Weltproletariats berichtet, sie zeigten auch in der beispiellosen Höhe der vereinigten Bourgeoisie und Sozialdemokratie vor und nach dem 1. Mai gegen die Komintern und die Sowjetunion zugleich die internationale Solidarität der Weltbourgeoisie gegen den Kommunismus. So bedeutet die Stellungnahme der führenden französischen Presse, die vor einem „rot Moskauer im höchsten Maße in Berlin“ steht, nur ein Beispiel, wie die Bourgeoisie auf den Berliner Maidemonstrationen reagierte.

Die Zuspitzung der gesamten Weltlage, die Radikalisierung der Massen, der beschleunigte Prozeß der Loslösung des Arbeiters von der verästelten Sozialdemokratie, das alles zeigt, daß die Massen den Übergang zur Kommunistischen Partei suchen. Diese Entwicklung hat zugleich zu einer Stärkung und Verschärfung unserer kommunistischen Parteilinie geführt. Die Auslösung der liquidatorischen Elemente aus unserer Reihe, die Überwindung der verfallenen sozialdemokratischen und ihrer Träger, die Rolle der Rechte in den verschiedenen Sektionen übernommen haben, das tiefere Verständnis bei der Durchführung des antifa-schistischen Kampfes gegen den Reformismus unter Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten, die organisatorische Festigung der Reihen unserer Partei bei gleichzeitiger Säuberung von kleinbürgerlichen Elementen und die Belegung des Schwergewichts der Arbeit auf die Betriebe sind die wichtigsten Merkmale dieser Verschärfung der Komintern.

Die Lage in Deutschland

Gen. Thälmann schildert eingehend die Widersprüche und krisenhaften Momente des deutschen Kapitalismus.

Wie war die Lage in den letzten Monaten in Deutschland? Im Dezember 1928 der Höchststand der Erwerbslosigkeit, in den ersten Monaten dieses Jahres die höchste Anspannung auf dem Geld- und Kreditmarkt, im April die Erhöhung des Reichsbankdiskonts um 1 Prozent infolge der Entziehung der langfristigen und kurzfristigen Anleihen und Kredite. Angesichts einer Gefährdung des Marktkurses machten sich bemerkbar. Durch die Übernahme des Young-Planes auf Grund des Ausgangs der Reparationskonferenz wird die allgemeine Lage trotz geringer Erleichterungen noch schwieriger.

Reparationsfrage und Kriegsproblem

Die geringe Erleichterung aber, die eingetreten ist, die Herabsetzung der Schuldsomme für das Normaljahr von 2,5 Milliarden auf 2 Milliarden 500 Millionen für die nächsten 37 Jahre ist erkaufte worden mit dem vollständigen Einweichen Deutschlands in die Antisowjetfront.

Aus alledem ergibt sich, daß die Schwierigkeiten für Deutschland wachsen müssen, und daß der verschärfte Wettbewerb auf dem Weltmarkt für die deutsche Industrie nur bei Lieferung billiger Produkte und dieses wieder nur bei Verschärfung der Ausbeutung im Betrieb möglich ist.

Die jährliche Belastung aber durch zwei Milliarden Reparationszahlungen, durch eine jährliche Passivität der Handelsbilanz von ebenfalls 2 Milliarden Mark und 700 bis 800 Millionen Mark Zinslasten, — das alles bedeutet für den deutschen Imperialismus bei dem Fehlen der kolonialen Wirtschaftsgebiete und Absatzquellen und den territorialen Verlusten aus dem Versailler Vertrag die Notwendigkeit einer ungeheuerlichen Verschärfung der Ausbeutung, wenn eine ernste Krise der deutschen Wirtschaft verhindert werden soll. Diese Ausbeutung ist nur möglich mit der aktiven Mithilfe der sozialfaschistischen deutschen Sozialdemokratie, deren Minister in der Koalitionsregierung zur Durchführung des Young-Planes alles tun werden, um das Letzte aus den Knochen des deutschen Proletariats herauszupressen. Der Magdeburger Parteitag hat diese Linie der verschärfsten Ausbeutung, des Abbaus der Sozialpolitik und der Anhebung der Massen und der imperialistischen Kriegsrüstungen als Richtschnur für die Politik der Sozialdemokratie in der nächsten Zeit festgelegt.

Unsere proletarische Lösung

Dieser bürgerlich-sozialfaschistischen Auffassung des Reparationsproblems stellt die revolutionäre Arbeiterklasse unter der Führung der KPD die revolutionäre Lösung gegenüber, die keine andere sein kann als die, die die Volkswirtschaften, als sie nach Eroberung der Macht die jährlichen Kriegs- und Vorkriegsschulden und nach der Festigung der Diktatur, auch den Brettonwider Friedensvertrag liquidieren. So wie

das russische Proletariat damals das Joch des Kapitalismus abschüttelte, und — sobald es stark genug dazu war — die Fesseln des Brettonwider Friedens sprengte,

so wird das siegreiche deutsche Proletariat unter der Führung der KPD die Ketten des Young-Planes und des Versailler Vertrages zerreißen!

Will das deutsche Proletariat nicht zwei Generationen lang unter dem doppelten Joch des eigenen und des fremden Imperialismus schmachten, dann muß es diesen einzigen revolutionären Weg gehen. (Sehr richtig! Bravo!)

Die neue Kapitalsofsenfive

Die Offensive des deutschen Kapitals gegen das Proletariat zeigt einen großen Unterschied gegenüber der Entwicklung nach der Oktoberniederlage 1923 und sogar gegenüber der ersten Nationalisierungsperiode von 1925/27. Während der Unternehmensangriff 1923 auf eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden zielte, und während 1925 zu Beginn der Nationalisierung die Intensivierung des Arbeitsprozesses im Vordergrund gestellt wurde, verbindet das Unternehmertum heute beide Methoden: allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit und weitere Senkung des Reallohnens bei härterer Anspannung der Arbeitskraft des einzelnen. Die Kennzeichen der neuen Kapitalsofsenfive. Auf den letzten Tagungen der Industrieführer wurden diese Gesichtspunkte überall in den Vordergrund gestellt.

Reaktionäre Konzentration der Staatsgewalt

Gleichzeitig mit diesem Prozeß der Monopolisierung und der Konzentration des Finanzkapitals sehen wir die Entwicklung einer neuen zentralen Zusammenfassung der Staatsgewalt, die den politischen Ueberbau für die ökonomische Konzentrierung der Macht des Kapitalismus abgibt. Diese Zentralisation der Staatsgewalt vollzieht sich mit der aktiven Hilfe der deutschen Sozialdemokratie und der Bürokratie der reformistischen Gewerkschaften.

Die Verschärfung der politischen Reaktion ist vom Standpunkte der Bourgeoisie aus die notwendige Ergänzungsmaschine zur Durchführung des Programms der wirtschaftlichen Unterdrückung.

Die Regierung Brüder-Stresemann, die nicht nur die Politik des Bürgerfriedens fortsetzt, sondern diese Politik auf den verschiedensten Gebieten des politischen Lebens nach Absinken hat unsere Einschätzung der Rolle der Sozialdemokratie in der Regierung, darüber hinaus aber auch unsere Einschätzung der Waiereignisse 1928 und des Stimmenergebnisses der SPD. bestätigt. Die Beschlüsse des Magdeburger Parteitages haben die Einschätzung der Waiereignisse durch die Verhältnisse vollkommen widerlegt. Nicht die bürgerliche Demokratie, sondern die faschistische Entwicklung und im Zusammenhang mit ihr die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus, die neuen Merkmale dieser sozialdemokratischen Politik im nationalen Maßstab, stellen die Hauptgefahr dar. Wir berichten über den Fortgang des Referats in der folgenden Nummer.

